

## Liebe Leserinnen und Leser,

nach wie vor blockieren Ungarn und Polen die **Verabschiedung des EU-Haushalt**. In der EU sollen zukünftig finanzielle Hilfen an die Einhaltung der **Rechtsstaatlichkeit** gebunden werden. Denn leider sind auch staatliche Organe nicht unfehlbar in der Art und Weise, wie sie mit **EU-Fördermitteln** umgehen. Bislang fehlt der EU ein Mechanismus, um den effizienten und rechtmäßigen Einsatz von EU-Mitteln sicherzustellen. Wir brauchen deshalb dringend ein Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug oder Korruption zu schützen!



Ebenfalls schützen müssen wir uns vor dem aufkeimenden **Aktivismus**. Denn jetzt ist die Zeit für Realisten und nicht für Aktivisten! Das gilt vor allem für die Landwirtschaft. Wir brauchen eine **ausbalancierte europäische Agrarpolitik**, das heißt ein Gleichgewicht zwischen einer Politik, die auf **Nachhaltigkeit** setzt und den **Klimawandel** im Blick hat, aber auch das **tägliche Essen** unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche Adventszeit 🕯️ Bleiben Sie gesund!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



## Mein Europa

### Rückblick EU-Videogipfel vom 19.11. und Ausblick auf EU-Gipfel am 10. und 11.12.

Das Veto Ungarns und Polens gegen das EU-Haushaltspaket ist inakzeptabel und unverantwortlich gegenüber den südlichen Staaten, welche die Gelder dringend zur Linderung der Coronakrise brauchen. Wenn Budapest und Warschau der Ansicht sind, der Mechanismus verstoße gegen die EU-Verträge, sollen sie vor dem Europäischen Gerichtshof klagen - und nicht den EU-Haushalt blockieren. Der Rechtsstaatmechanismus ist das richtige Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen. Wir werden im Europaparlament keinen faulen Kompromissen zustimmen. Beim Brexit wird die Zeit langsam extrem knapp. Wenn das Vereinigte Königreich wirklich ein Abkommen mit der EU will, brauchen wir jetzt Bewegung in den Gesprächen. Die Staats- und Regierungschefs sowie die britische Seite sollten dabei auch ans Europaparlament denken. Wir müssen einem eventuellen Abkommen zustimmen, evtl. sogar gleich nach Weihnachten. Für uns ist klar: Das Europaparlament wird seiner Verantwortung gerecht werden und den Text genau prüfen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Produktsicherheit

Jedes unsichere Produkt auf dem EU-Binnenmarkt ist eines zu viel. Wir benötigen einheitliche, hohe Sicherheitsstandards, um das Vertrauen der Bürger in neuartige Technologien zu erhöhen und den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Letztendlich müssen alle Produkte ein hohes Sicherheitsniveau aufweisen, egal ob sie online oder offline, von einem Anbieter innerhalb oder außerhalb der EU gekauft wurden. Deshalb sollte die EU-Kommission dringend die bestehende Gesetzgebung anpassen, die nationalen Marktüberwachungsbehörden in Europa stärken und auch die Online-Marktplätze vermehrt in die Pflicht nehmen. Die Überarbeitung der Allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie, die für Anfang nächsten Jahres geplant ist, ist dafür eine gute Möglichkeit wie auch alle anderen sektorspezifischen Regelungen, die sich auf KI-Produkte beziehen.

Digitaler Wandel und neue technische Entwicklungen haben Produkte, die wir heute kaufen, stark verändert. Das gilt vor allem für solche, die Anwendungen der künstlichen Intelligenz beinhalten, für die wir einen Rechtsrahmen brauchen, der sich auf die Rechtslücken konzentriert, um Überregulierung und Innovationshemmnissen entgegenzuwirken. Je risikoreicher ein KI-basiertes Produkt ist, umso strengere Regelungen sollten für die Zulassung auf dem Binnenmarkt gelten.

Die allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie der EU stammt aus dem Jahr 2001. Vertrieben werden Produkte heute häufig über das Internet, was sich durch die Coronakrise noch verstärkt hat. 29 Prozent der am häufigsten als gefährlich gemeldeten Produkte sind Spielzeuge. 50 Prozent aller Produkte, die 2019 als gefährlich gemeldet wurden, kamen aus der Volksrepublik China.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Eine neue EU-Industrie Strategie

Nur mit einer gesunden Industrie und vielen industriellen Arbeitsplätzen werden wir Europäer unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern können. Die Herausforderungen sind vielfältig: globaler Wettbewerb, Klimaschutz und Digitalisierung. Dazu kommen die

gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, aber auch die Lehren daraus. Zu starke Abhängigkeiten gegenüber anderen Teilen der Welt können im Ernstfall gefährlich werden, das hat nicht erst der Mangel an Schutzmasken gezeigt, der Anfang März in Europa herrschte. Die bestehende Industrie-Strategie der EU-Kommission muss deshalb dringend an die Auswirkungen der Coronakrise angepasst werden. Jobs, Jobs, Jobs ist das Gebot der Stunde!

Es ist richtig, auf eigene europäische Produktionskapazitäten von Zukunftskomponenten wie Batterien oder Wasserstoff zu setzen und Schlüsselindustrien vor Übernahmen zu schützen, aber auch bestehende Firmen zu schützen. Wir brauchen eine EU-Industriepolitik aus einem Guss mit einem Schwerpunkt auf Forschung und Innovation. Den Bogen überspannen dürfen wir gleichzeitig nicht beim Klimaschutz und weiteren Umweltauflagen. Das von uns unterstützte EU-Klimaziels von 55 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduzierung bis 2030 ist ambitioniert genug. Alles darüber hinaus wäre ein europäisch verordnetes Deindustrialisierungsprogramm.

Die EU-Kommission hat im März 2020 ihre neue Industrie-Strategie vorgelegt. Die Coronakrise hat die Lage der Industrie in Europa bedeutend verändert. Das Europäische Parlament fordert deshalb eine Überarbeitung der EU-Industrie Strategie im Hinblick auf die Auswirkungen der Coronakrise.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

### Eskalierende Spannungen in Varosha nach den illegalen Aktionen der Türkei

Das Vorgehen des türkischen Präsidenten Erdogan ist reinste Provokation. Erst der von ihm angezettelte Streit um Erdgasvorkommen im Mittelmeer, dann die Beleidigungen Emmanuel Macrons und nun schüttet Erdogan neues Öl ins Feuer. Sein Auftritt in Varosha auf der zyprischen Insel unterminiert die Bemühungen der Vereinten Nationen Zypern wiederzuvereinigen. Dass er Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung Zyperns fordert, ist inakzeptabel.

Präsident Erdogan muss sein gefährliches Spiel mit dem Feuer unbedingt einstellen. Die EU sollte endlich Klartext gegenüber Erdogan sprechen. Wirtschaftssanktionen sowie die Aussetzung des Zollabkommens mit der Türkei dürfen keine Tabu-Themen sein. Unsere volle Solidarität gilt Griechenland sowie der Republik Zypern.

Varosha ist seit dem Zypern-Krieg von 1974 eine Geisterstadt. Damals besetzte die türkische Armee die Stadt. Die griechisch-zyprischen Bewohner und Hotel-Besitzer flüchteten aus Varosha. Der Ort wurde nie wieder besiedelt und sollte irgendwann an die griechisch-zyprischen Eigentümer zurückgegeben werden. Nun hat die türkische Armee den Strand von Varosha geöffnet, wo Erdogan seine Rede hielt. Griechische Zyprioten fürchten, Varosha solle nun nach und nach dem türkischen Gebiet zugeschlagen werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

## Mein Mittelfranken

### Gedenktafeln Hersbruck: Im Großen wie im Kleinen

Seit 1983 steht auf dem Gelände des Finanzamts Hersbruck ein von der DGB Jugend errichteter Gedenkstein für die Opfer des KZ Hersbruck. Seit einiger Zeit ist er um vier Gedenktafeln ergänzt. Coronabedingt erfolgte deren offizielle Einweihung allerdings erst

jetzt. Tief verwurzelt in der Region, war und ist es klar, dass ich an solch einer wichtigen Veranstaltung teilnehme.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

## Herzensangelegenheiten

### EU-Africa & Farm to Fork Strategies 2020: „Globaler Wandel braucht integrierte, gezielte Lösungen für die Menschen vor Ort“

Am 10. November fand ein Virtual Roundtable zum Thema „The EU-Africa & Farm to Fork Strategies 2020“ statt. Zusammen mit Rednern von BMZ, UN, FAO sowie afrikanischen Abgeordneten mit Unterstützung von SME Europe und der Hanns Seidel Stiftung hab ich diskutiert, wie man die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika mit den UN-Nachhaltigkeitszielen in Einklang bringt.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### Abkommen zwischen EU und China: „Anerkennung für langjährige Qualität und Tradition“

Das Europäische Parlament stimmte kürzlich über das Abkommen zwischen der EU und China über die Zusammenarbeit im Bereich der geografischen Angaben und deren Schutz ab. China ist ein Markt mit großem Potential für die europäische Agrar- und Ernährungswirtschaft. Dennoch müssen europäische Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen und Preisdumping geschützt werden!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### Vereinheitlichung von Nitratmessstellen: „Hierbei sind Fachleute gefragt, keine Ideologen“

In der Sitzung des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments wurde eine Petition zur Vereinheitlichung von Nitratmessstellen in der EU vorgestellt. Diese bemängelt die ungleiche Umsetzung der Nitratverordnung innerhalb der Europäischen Union. Es ist gut, dass wir ein so wichtiges Anliegen bei der Umsetzung der Europäischen Düngeverordnung gemeinsam an den Petitionsausschuss herangetragen haben!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### Pläne gegen unlautere Handelspraktiken: „Der Kampf ‚David gegen Goliath‘ muss wieder auf Augenhöhe geführt werden“

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat gestern Gesetzespläne im Bundeskabinett vorgestellt, die Landwirte gegen unlautere Handelspraktiken besser schützen sollen. Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist das Herzstück Bayerns und unserer ländlichen Räume. Ich begrüße daher die Pläne unserer Bundeslandwirtschaftsministerin, die

Handelsrisiken fairer aufzuteilen und unsere Landwirte besser vor unlauteren Handelspraktiken zu schützen!

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

### CDU/CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament: Luftqualitätsbericht 2020 der EU-Umweltagentur

Die heutigen Zahlen sind ein Gewinn für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Unsere Luft wird immer sauberer und die europäische Umweltagentur bestätigt heute, dass die europäischen und nationalen Maßnahmen wirken. Auch Deutschland hält im landesweiten Durchschnitt Grenzwerte bei Feinstaub und Stickoxid ein. Trotz gesteigerter Mobilität sind die Stickoxidzahlen in den letzten 20 Jahren stark zurückgegangen. Dies beweist, dass die Förderung von allen Technologien richtig und wichtig bleibt. Damit müssen Diskussionen um weitere Mobilitätseinschränkungen ad acta gelegt werden. Um bessere Luft auch weiterhin zu fördern, setze ich mich für mehr Innovationen, wie z.B. Filteranlagen an Gebäuden und Autos, ein. Ebenfalls gilt es die hohen Potentiale im Gebäude- und Landwirtschaftssektor zu nutzen. Ich erwarte von der EU-Kommission, dass ihr "Null Emissionen"-Plan insbesondere darauf verstärkt eingeht. Ebenso muss das europäische Messnetzwerk angeglichen werden, sodass nationale Maßnahmen vergleichbar werden.

### Plenarrede: „Arzneimittelstrategie der EU - Erklärung der Kommission“

Bei meiner kurzen Plenarrede zum Thema „Arzneimittelstrategie der EU - Erklärung der Kommission“ plädierte ich an die EU-Kommission, eine robuste Gesundheits- und Medikamentenversorgung sowie resiliente, diversifizierte Lieferketten für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Denn Arzneimittelknappheit kann dazu führen, dass lebensrettende Medikamente nicht zur Verfügung stehen!

Die vollständige Rede finden Sie [hier](#)

## Lesenswert

### Forsa-Umfrage vom 21. November: CDU/CSU 36, Grüne 19, SPD 16, Linke 7, FDP 6 und AfD 9 Prozent

Das aktuelle RTL/ntv-Trendbarometer zeigt weiterhin nur geringfügige Veränderungen. Gegenüber der Vorwoche konnten SPD und FDP jeweils einen Prozentpunkt zulegen, Linke und AfD verlieren jeweils einen Prozentpunkt. Die Linke sinkt damit auf 7, die AfD auf 9 Prozent. Für die Unionsparteien, nach wie vor mit großem Abstand stärkste politische Kraft im Land, sowie für die Grünen und die sonstigen kleineren Parteien ändert sich nichts. CDU/CSU und Grüne wären die einzigen Parteien, die zurzeit bei einer Neuwahl des Bundestags mehr Stimmen erhalten würden als bei der Bundestagswahl im September 2017.

8 Prozent der Bundesbürger trauen momentan der SPD zu, mit den Problemen in Deutschland am besten fertig zu werden. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als in der Vorwoche und der höchste Kompetenzwert der Sozialdemokraten in diesem Jahr. Weitaus mehr allerdings, 40 Prozent, trauen weiterhin der CDU/CSU politische

Kompetenz zu. 5 Prozent trauen den Grünen, 6 Prozent einer der übrigen Parteien und 41 Prozent keiner Partei zu, die Probleme in Deutschland lösen zu können.

Nach der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten sowie nach der Bekanntmachung, dass Impfstoffe gegen das Corona-Virus erfolgreich getestet wurden, sind die Wirtschaftserwartungen der Deutschen etwas weniger pessimistisch geworden. Noch im Oktober haben 55 Prozent der Bundesbürger damit gerechnet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sich in den kommenden Jahren verschlechtern werden. Im aktuellen RTL/ntv-Trendbarometer teilen noch 47 Prozent diese pessimistische Einschätzung, ein Rückgang um acht Prozentpunkte. Zugleich stieg der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung der ökonomischen Lage erwarten, von 21 auf 26 Prozent, ein Anstieg um fünf Prozentpunkte. 24 Prozent erwarten, dass die ökonomische Lage unverändert bleibt.

Mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse rechnen am ehesten Anhänger der CDU/CSU (30%), der SPD (32%) und der Grünen (33%). 74 Prozent der AfD-Anhänger hingegen rechnen damit, dass sich die ökonomische Lage verschlechtern werde; nur 9 Prozent erwarten eine Verbesserung.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

### Hanns-Seidel-Stiftung: Plädoyer für einen richtigen transatlantischen Neustart

Für die Hanns-Seidel-Stiftung waren und sind die US-Wahlen eines der zentralen Themen zum Ende des laufenden Jahres. Die Auswertung und Analyse der Ergebnisse sowie die Einordnung möglicher Auswirkungen stehen dabei für uns im Vordergrund. Mit einem Beitrag von Thomas Erndl, Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, können sie eine weitere Experteneinschätzung zur Verfügung stellen.

Erndl nimmt in seinem Beitrag die Zukunft der transatlantischen Beziehungen in den Fokus. Dabei betont er, dass die US-EU Beziehungen durch gemeinsame Werte, neue Erfahrungen und bleibende Interessen ihr Fundament erneuern müssen. Jedoch müssen dabei jene mitgenommen werden, die bei dieser Wahl nicht Teil der Mehrheit waren. Ziel muss es sein, mit allen im Gespräch zu bleiben und die transatlantischen Bande als partei- und gesellschaftsübergreifende Konstante wiederherzustellen.

Das Plädoyer finden Sie [hier](#)

---

#### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Sarah Schöffler